Merseburger Korrespondent

Ersteht täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. —
Bezugspreis für die 8. Dezember-Nummer, fällig bei Abholung, 20 Gel-
den (Postgebühren 20 Geldeinheiten). — Bei Abnahme im Voraus
für 12 Nummern 240 Geldeinheiten, für 24 Nummern 480 Geldeinheiten,
für 48 Nummern 960 Geldeinheiten, für 96 Nummern 1920 Geldeinheiten.
Im Falle von Abbruch vor Ablauf der Zeit, welche dem Abnehmer seinen
Anspruch auf den Betrag des Abbruchs oder auf Abzahlung des Bezugspreises
erhöht, ist keine Haftung zu übernehmen.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetrag. Verein)
Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg
mit Amtsblatt der Stadt Merseburg
des hiesigen Amts- und des hiesigen Kreis-
Chronik von Merseburg

Anzeigerpreis für den 8. Dezember-Nummer 7 Geldeinheiten;
im Voraus 14 Geldeinheiten. — Bei Abnahme im Voraus
für 12 Nummern 84 Geldeinheiten, für 24 Nummern 168 Geldeinheiten,
für 48 Nummern 336 Geldeinheiten, für 96 Nummern 672 Geldeinheiten.
Im Falle von Abbruch vor Ablauf der Zeit, welche dem Abnehmer seinen
Anspruch auf den Betrag des Abbruchs oder auf Abzahlung des Bezugspreises
erhöht, ist keine Haftung zu übernehmen.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetrag. Verein)
Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 296

Dienstag den 18. Dezember 1923

50. Jahrg.

Die Verhandlungsansichten.

Die Meinungen über den Wert der Antwort Poincarés gegen
hinsichtlich weit auseinander. Die amtliche deutsche Erklärung hebt
als Kern die Forderung der Verhandlungsbereitschaft hervor.
Charakteristisch für den Abwärtstrend, daß er diese Forderung viel-
fach einseitig durch Betonung der anderen „unveränderlichen“
Forderungen.

Die Reparationskommission. Poincaré will verhandeln,
oder unbedingte ihrer Kompetenzen. Da sind die französisch-belgischen
Verhandlungsansichten. Poincaré will verhandeln, oder unbedingte
ihre Kompetenzen. Die Verhandlungen sowie die Zurücknahme von Ausweisungen
sind in Aussicht gestellt, aber nur bei Fall zu Fall.

Der deutsche Widerstand sei eingestellt, das gibt er nicht glatter
zu, als wir erwartet hatten. Aber da hat er diese nicht-rückwärts-
gerichtete Satisfaktion für seine Denkmälerverweigerer und dänischen
Eisbahnen, die das Gros seiner Bestrebungen bilden; und um
herauszuweisen, daß er seine „aber“ und „jedoch“ nicht
Deutschland ja den Friedensvertrag noch gar nicht loyal durch-
führt, solange es sich gegen die Durchführung der internationalen
Militärkontrollen.

So hat er die Erklärung der Verhandlungsbereitschaft ein-
gebracht, indem er die Bedeutung des überorganisierten, über-
funktionalisierten Apparates hervorhebt, welcher bei den Verhandlungen
jederzeit bereit steht, um förmliche Zwangsmaßnahmen vorzunehmen,
getriebene Umstellungen.
Wären wie in der Not darauf brennen, endlich einmal glatte
und lautmächtig laute Verhandlungen zu führen, darauf können,
ohne uns natürlich einzubringen, daß in manchen Punkten eine völlige
Umstellung der französischen Politik erfolgt sein könnte.

Und das ist tatsächlich die Antwort Poincarés trotz aller dieser
rationalisierten Einbringungen für uns als kleiner Fortschritt zu
werten, weil wir gewohnt sind, gegen Meinungsäußerungen mit Frank-
reich mit nächsterem Respekt zu verfahren. Der deutsche Widerstand
erfüllte Untertan der letzten Strafmaßnahme wird durch die
(an anderer Stelle mitgeteilte) amtliche Erklärung fortgesetzt, daß die
tatsächliche Verhandlungsbereitschaft Poincarés für Deutschland
der Kernpunkt der Antwort sei. Wir bilden uns nicht ein, daß die
nämlichen Verhandlungen nun auch etwa in dem Geiste geführt
werden, der zu einer glatten und lauten Lösung führen könnte. Es
wäre denn jeder Geist auf einmal verkommen! Aber verzeiht, weil
die Lage einmal ist, bedeutet es für das Reich überhaupt schon
etwas, wenn außenpolitische Aktivität entwickelt werden kann.

Die Ansichten, die heute über die schlechten Ansichten des
deutschen Prioritätsantrags für die Kredit für der Rest ein-
treffen, sind dann entgegen dem niedrigen Bestimmung so wieder
politisch denkbarer Deutscher zu verhalten. Die Ablehnung des
deutschen Antrags soll mehrheitlich sein. Wird die Note in diesem
Falle weitgehend so abgelesen, daß sie den amerikanischen Kreditoren
einen anderen Anschlag vorstellt, oder wird diese Ablehnung einfach
so gehalten sein, daß man an die eigene Priorität auf zur Zeit
wichtig in a g i n e Aufgaben nicht stellen lassen, einen nur formalen
Anspruch nicht aufgeben will? Der Beschluß der Rest so ab-
gelesen werden. Ein Geheißer der Anleihe würde uns unjünglich
hart treffen.

Die auch für uns recht wichtige Frage, wie die englische
Kabinetsbildung ausfällt, ist noch nicht weiter gegeben. Es heißt,
die Verhandlungsansichten müßte in noch nicht weiter gegeben.
Es heißt nur ein Vorwand, hinter dem erste interpolitische Schwierigkeiten
stehen. Das in England noch gar nicht alle Dreierparteiensystem macht
Nur. An sich ist die Arbeiterpartei als die größere Oppositionspartei
zur Verantwortung berufen. Es fragt sich, ob sie in die Ver-
antwortung geht oder in der Opposition bleibt, um — über Neu-
wahlen — erst die Mehrheit zu erlangen. Erst am 8. Januar tritt
das neue englische Parlament zusammen.

Die Wahlen der großen Politik machten langsam. Am 11. Januar
wird es ein Jahr, daß die Franzosen in Offen eintraten, und am
21. Januar vier Jahre, daß der Versaillesvertrag in Kraft trat.
Nichts als zunehmende Verwirrung in der Weltpolitik seitdem.

Wieder einmal stehen wir vor der Schwelle zu Verhandlungen.
Es ist sehr schwer für den politischen Gedanken in Deutschland, in solcher
Lage seine Minderheit zu betonen und sich nicht der Zustimmung
schuldig zu überlassen, die zu Klippe, Phrasen und interpolitischer
Schwierigkeit treibt.

Wenn die Weltung den Kopf verliert, geht das Reichsgeheimnis
sinnlos unter, und so darf denn der politische Deutsche, der zu
den mit Wind und Wellen nächsten rechnenden Steuerleuten
hält, sich nicht beirren lassen in seiner Arbeit durch die (begreifliche)
Sympathie derer, die über Wind und Wellen zu rufen und sein
politisches Gesamtverständnis haben. B.

Ein Textilvertrag mit dem Meum.

Brüssel, 18. Dez. (WZ). Nach einer Weltung der Agenten
Welle aus London wurde dort am Sonntag ein Abkommen zwischen
Vertretern der Textilindustriellen der belgischen Gebiete und dem von der
internationalen Oberkommission ernannten Ausschuss unterzeichnet.
Die belgischen Industriellen verpflichten sich zur Rückzahlung von Textil-
lieferungen, die in Ausführung des Vertrages oder früherer Ver-
einbarungen bestellt werden. Die Lieferungen werden in keinem Fall von
den Alliierten bezogen, aber Deutschland gutgeschrieben werden. Den
Industriellen werden Zuschüsse und Steuererleichterungen ge-
währt werden. Das Abkommen gilt bis zum 15. April 1924.

Der Verkehr im Westen.

Paris, 17. Dez. (WZ). Was das Verhältnis des Verkehrs, sofern er
über ein Abkommen zwischen den französisch-belgischen und britischen Dele-
gationen über den Eisenbahnverkehr in der belgischen Zone ge-
troffen worden. Das Abkommen ist unter Vorbehalt abgeschlossen
worden und mußte erst noch die Zustimmung der Rheinlandschienenkommission
und der belgischen Behörden finden.

Das Schicksal des deutschen Prioritätsantrags. Am Mittwoch Verhandlungen! — Wird Schacht Reichsbankpräsident? Seine Wahl des Reichsbankpräsidenten.

Paris, 18. Dez. (WZ-Telegramm). Die Reparationskommission
wird am Mittwoch über den deutschen Antrag beraten, einen ameri-
kanischen Kredit zur Beschaffung von Lebensmitteln durch einen Verzicht
auf das Prioritätsrecht zu ermöglichen.
Die französischen Delegierten sind gegen die Bewilligung,
aber auch bei den Vertretern der übrigen Verbündeten ist die Stim-
mung, wie es scheint, nicht sehr günstig. Es besteht die Auffassung,
daß die amerikanischen Finanzen und Farmer, die dem Reiche
mit Geld und Lebensmitteln helfen wollen, die gewünschten Sicher-
heiten auf andere Art leisten könnten als durch die Hilfe der
Reparationskommission. Es ist möglich, daß sich diese Auffassung
noch ändert, aber große Hoffnungen soll man sich vorläufig
in Deutschland nicht machen. Das Vertrauen gegen die belgischen
Agrarier ist bei den Amerikanern sehr groß.

Paris, 18. Dez. (WZ-Telegramm). Die Reparationskommission
wird am Mittwoch nachmittag mit der Note beschäftigen, die ihm
am Sonntag von Staatssekretär Rißer, dem Vorsitzenden der deu-
tschen Reparationskommission überreicht worden ist und in der für
den Aufbruch des Reiches, den Deutschland in Amerika anzunehmen
gedenkt, die Priorität auf die Reparationen verlangt wird.

Die Endverhandlungsansichten.

Paris, 18. Dez. (WZ-Telegramm). Die Reparationskommission
wird am Mittwoch nachmittag mit der Note beschäftigen, die ihm
am Sonntag von Staatssekretär Rißer, dem Vorsitzenden der deu-
tschen Reparationskommission überreicht worden ist und in der für
den Aufbruch des Reiches, den Deutschland in Amerika anzunehmen
gedenkt, die Priorität auf die Reparationen verlangt wird.

Das Wahltreffen in Frankreich.

Paris, 18. Dez. (WZ). Der Minister des Innern hat
gestern im Kabinetsrat für das Wahltreffen mitgeteilt, daß die Ab-
stimmung der Frauen für die Wahlberechtigung das aktive und passive
Wahlrecht beschließen solle und sich im übrigen für den Grundbesitz
des Familienoberhauptes auszusprechen habe.

Zeiger ist normal!

Leipzig, 18. Dez. (WZ-Telegramm). Gerichte, der frühere säch-
sische Ministerpräsident Dr. Zeiger habe in einer Zeiger Ver-
einigung Aufnahme gefunden, sind nicht zutreffend. Dr. Zeiger ist
durch den Staatsrat auf seinen Weisungsstand unterstellt, aber sich durch-
aus normal verhalten werden.

Poincarés Antwort in amtlicher Darstellung.

Berlin, 18. Dez. (WZ). Die Antwort Poincarés auf die
ihm überreichten Aufzeichnungen ist hier eingetroffen.
In dem vom belgischen Gesandten übergebenen Erklärung
war der Wunsch der belgischen Regierung nach offener Ansprache
über die Rhein- und Ruhrfrage und das Reparationsproblem ver-
merkt, und auf das Angebot der französischen Regierung ver-
merkt, daß der passive Widerstand und damit das Hindernis für eine
Gesamtregelung besteht ist.

Die wichtige Lösung könne nur in einer unter Beteiligung aller
interessierten Mächte herbeizuführenden Neuordnung bestehen. Je-
sonders dringlich sei die Schaffung eines Wechselsystems in dem
belgischen Gebiet, das die Reparationsansprüche der Alliierten
über den Rhein- und Ruhrfrage und das Reparationsproblem ver-
merkt, und auf das Angebot der französischen Regierung ver-
merkt, daß der passive Widerstand und damit das Hindernis für eine
Gesamtregelung besteht ist.

colorchecker CLASSIC

Höller unverändert.

Seine Wahl des Reichsbankpräsidenten.
Paris, 18. Dez. (WZ-Telegramm). Die belgische Regierung hat den
deutschen Antrag zur Beschaffung von Lebensmitteln durch einen Verzicht
auf das Prioritätsrecht zu ermöglichen.
Die belgischen Delegierten sind gegen die Bewilligung,
aber auch bei den Vertretern der übrigen Verbündeten ist die Stim-
mung, wie es scheint, nicht sehr günstig. Es besteht die Auffassung,
daß die amerikanischen Finanzen und Farmer, die dem Reiche
mit Geld und Lebensmitteln helfen wollen, die gewünschten Sicher-
heiten auf andere Art leisten könnten als durch die Hilfe der
Reparationskommission. Es ist möglich, daß sich diese Auffassung
noch ändert, aber große Hoffnungen soll man sich vorläufig
in Deutschland nicht machen. Das Vertrauen gegen die belgischen
Agrarier ist bei den Amerikanern sehr groß.

Ein neuer amerikanischer Vorschlag?
Paris, 18. Dez. (WZ-Telegramm). Die amerikanische Regierung hat den
deutschen Antrag zur Beschaffung von Lebensmitteln durch einen Verzicht
auf das Prioritätsrecht zu ermöglichen.
Die belgischen Delegierten sind gegen die Bewilligung,
aber auch bei den Vertretern der übrigen Verbündeten ist die Stim-
mung, wie es scheint, nicht sehr günstig. Es besteht die Auffassung,
daß die amerikanischen Finanzen und Farmer, die dem Reiche
mit Geld und Lebensmitteln helfen wollen, die gewünschten Sicher-
heiten auf andere Art leisten könnten als durch die Hilfe der
Reparationskommission. Es ist möglich, daß sich diese Auffassung
noch ändert, aber große Hoffnungen soll man sich vorläufig
in Deutschland nicht machen. Das Vertrauen gegen die belgischen
Agrarier ist bei den Amerikanern sehr groß.

Ein mahnender Schritt Dr. Gumpers.
Paris, 18. Dez. (WZ). Dr. Gumpers hat in einer Rede vor dem
deutschen Reichstag die Wichtigkeit der Lösung der Reparationsfrage
betont. Er hat die deutsche Regierung aufgefordert, sich für eine
Lösung der Reparationsfrage einzusetzen. Er hat die deutsche
Regierung aufgefordert, sich für eine Lösung der Reparationsfrage
einzusetzen. Er hat die deutsche Regierung aufgefordert, sich für eine
Lösung der Reparationsfrage einzusetzen.

Veränderung der belgischen Regierung.
Paris, 18. Dez. (WZ). Die belgische Regierung hat den
deutschen Antrag zur Beschaffung von Lebensmitteln durch einen Verzicht
auf das Prioritätsrecht zu ermöglichen.
Die belgischen Delegierten sind gegen die Bewilligung,
aber auch bei den Vertretern der übrigen Verbündeten ist die Stim-
mung, wie es scheint, nicht sehr günstig. Es besteht die Auffassung,
daß die amerikanischen Finanzen und Farmer, die dem Reiche
mit Geld und Lebensmitteln helfen wollen, die gewünschten Sicher-
heiten auf andere Art leisten könnten als durch die Hilfe der
Reparationskommission. Es ist möglich, daß sich diese Auffassung
noch ändert, aber große Hoffnungen soll man sich vorläufig
in Deutschland nicht machen. Das Vertrauen gegen die belgischen
Agrarier ist bei den Amerikanern sehr groß.

Wiederherstellung der deutschen Verwaltung
und des Verkehrs.
Paris, 18. Dez. (WZ). Die belgische Regierung hat den
deutschen Antrag zur Beschaffung von Lebensmitteln durch einen Verzicht
auf das Prioritätsrecht zu ermöglichen.
Die belgischen Delegierten sind gegen die Bewilligung,
aber auch bei den Vertretern der übrigen Verbündeten ist die Stim-
mung, wie es scheint, nicht sehr günstig. Es besteht die Auffassung,
daß die amerikanischen Finanzen und Farmer, die dem Reiche
mit Geld und Lebensmitteln helfen wollen, die gewünschten Sicher-
heiten auf andere Art leisten könnten als durch die Hilfe der
Reparationskommission. Es ist möglich, daß sich diese Auffassung
noch ändert, aber große Hoffnungen soll man sich vorläufig
in Deutschland nicht machen. Das Vertrauen gegen die belgischen
Agrarier ist bei den Amerikanern sehr groß.

Surveillance in London.
London, 18. Dez. (WZ). Die belgische Regierung hat den
deutschen Antrag zur Beschaffung von Lebensmitteln durch einen Verzicht
auf das Prioritätsrecht zu ermöglichen.
Die belgischen Delegierten sind gegen die Bewilligung,
aber auch bei den Vertretern der übrigen Verbündeten ist die Stim-
mung, wie es scheint, nicht sehr günstig. Es besteht die Auffassung,
daß die amerikanischen Finanzen und Farmer, die dem Reiche
mit Geld und Lebensmitteln helfen wollen, die gewünschten Sicher-
heiten auf andere Art leisten könnten als durch die Hilfe der
Reparationskommission. Es ist möglich, daß sich diese Auffassung
noch ändert, aber große Hoffnungen soll man sich vorläufig
in Deutschland nicht machen. Das Vertrauen gegen die belgischen
Agrarier ist bei den Amerikanern sehr groß.

Die belgische Note aus London.
Paris, 18. Dez. Die deutsche Gesandtschaft in
Brüssel gestern abend zugewandene Note der belgischen Regierung
ist inhaltlich mit der französischen Note überein.

Rhein- und Ruhrfragen.

In einem längeren Artikel, den der demokratische Anführer
in der Offener Allgemeinen Zeitung veröffentlicht, bezieht er sich
auf die Aufgaben, die für das belgische Gebiet zunächst zu lösen sind. Er weist
auf die Notwendigkeit hin, daß sich das Rhein- und Ruhrgebiet eigene
Einrichtungen schafft, was das Reich ihm die Wege öffnen will, ferner
daß wieder eine geordnete Verwaltung in Gang kommt, die endlich eine
geordnete Einigung der längst fälligen Steuern vornimmt. „Wo die
nötigen Organe nicht vorhanden sind, müssen sie provisorisch geschaffen
werden, bis die allgemeinen Organe des Reichs und der Länder wieder
in Tätigkeit treten können. Hier darf man nicht auf die Initiative von
Berlin warten, sondern die erforderlichen Maßnahmen müssen von den
belgischen Gebieten aus in Berlin verlangt werden. Der Verkehr muß wieder
in Gang kommen. . . Die Abtrennung der belgischen vom großen deut-
schen Reichsbereich ist für uns ein großes Schicksal. Aber wenn die Ab-
trennung innerweltlich ist, dann wollen wir den Anteil der Rhein-
länder an den Steuern haben. Wir wollen ihn haben für die gesamte
Reichsregierung, nicht für einige große Kreise.“ Weiter erschließen der
Grenzverträge, die Zollvereine, die Güter- und Ausfuhrerleichterung
eine Regelung. Diese Aufgaben zu lösen, sei vor allem Pflicht des
neuen 60er-Ausschusses. „Nicht als ob der 60er-Ausschuss das alles
allein könnte oder tun sollte. Im Gegenteil, hier öffnet sich den Ver-
treter, Handelskammern, Gewerbe- und Provinzialverwaltungen
ein großes Feld. Aber eine Stelle muß da sein, die all diesen Be-
strebungen Plan, Inhalt und Richtung gibt. Und das kann nur eine
politische Stelle sein, nicht verwalten und werden wir im Widerstreit
der Interessen und Gruppen. Möge der 60er-Ausschuss sich mit dem
Zielbewußtsein erfüllen, das ihm Reichs- und Vertrauens von 12 Mil-
lionen Deutschen an Rhein und Ruhr zuteilt.“